

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 58 (1924)

232 (26.8.1924)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-648623](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-648623)

Die „Nachrichten“ erscheinen, wie
auch an den Sonntagen.
Man bestelle bei allen Ver-
kaufsstellen, in Oldenburg in der
Verkaufsstelle, Peterstr. 28.
Bezugspreis für Stadt-
und Postabnehmer ohne Be-
sonderheit für d. Monat August
2,50 Goldmark.
Fernbestellungsstelle:
Verkaufsstelle Nr. 10,
Verkaufsstelle Nr. 46.
Kaufleute: Oldenburg Spar- und
Leihbank. — Postbestellungs-
stelle: Dammstr. 22/23.

Nachrichten für Stadt und Land.

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Nr. 232

Oldenburg, Dienstag, den 26. August 1924.

58. Jahrgang.

Hergts Kritik.

Reichskanzler Marx antwortet.

Die Zustimmung der übrigen Parteien.

dt. Berlin, 26. August.

(Zusammenfassungen unserer Berliner Vertreter.)

Die gestrige Reichstagsrede des deutschen nationalen Partei-
führers Dr. Hergt hat nunmehr größere Arbeit über die
Zustimmung der deutschen nationalen Reichstagsfraktion geschaffen.
Bei der jetzigen Sachlage muß die Entscheidung über die Reichs-
tagssatzung in den nächsten Tagen fallen, denn diese Konse-
quenz erscheint unvermeidlich, wenn am Abstimmungstag keine
Zweidrittelmehrheit vorhanden ist. Das deutschnationale Pro-
gramm, das Dr. Hergt in seiner gestrigen Rede entwarf, fin-
det bei den Parteien der Mitte eine mäßige Ablehnung.
Die Regierungsparteien hatten sich bereits in den letzten Tagen
mehrheitlich mit der Frage beschäftigt, ob die Ziele der deutschna-
tionalen Opposition erreicht werden können, oder ob es einer
neuen deutschen Regierung, in der die Deutschnationalen ver-
treten sind, gelingen würde, neue Verhandlungen mit der En-
tente zustande zu bringen, nachdem die Londoner Abmachungen
gescheitert wären. Diese Möglichkeit erscheint den Regierung-
sparteien äußerst gering. Man weist darauf hin, daß die Gegen-
seite sehr wohl weiß, wie dringend die deutsche Wirtschaft auf die
Durchführung der Londoner Abmachungen wartet und wie kata-
strophal die Fortdauer des ungesicherten Zustandes wirken wird.
Es sei schon jetzt mit großer Sicherheit vorauszusagen, daß
Frankreich die neuen Verhandlungen so lange hinausschieben
würde, bis Deutschland kapituliere. Die außenpolitische Lage
einer solchen Regierung, die vor dem wirtschaftlichen Ruin hüde,
wäre katastrophal. Eine solche Regierung könnte nicht von dem
durchgehen, was in London nach hartem Kampf erreicht worden
ist. Nicht viel anders verhalte es sich mit der Anleihefrage. Dr.
Hergt habe gestern behauptet, eine deutschnationale Regierung
habe mehr Aussicht auf eine Auslandsanleihe als das Kabinett
Marx-Stresemann. In Wirklichkeit aber kommt es gar nicht
darauf an, ob die Regierung deutschnational ist oder nicht. Für
das Zustandekommen einer Auslandsanleihe sei einzig und allein
die Frage maßgebend, ob das Reparationsproblem auf einer
tragbaren Grundlage geregelt wird.

Die Finanzwelt wird erst dann zu der Anleihefrage Stellung
nehmen, wenn das Sachverständigengutachten angenommen
ist. Dann werden die Deutschnationalen als Regierungspartei
erst recht nicht um die Annahme herum kommen. Aus diesen
Erwägungen heraus scheint sich besonders die Wahrscheinlichkeit
nicht entziehen zu können, die Oppositionspartei der
Deutschnationalen zu unterliegen.

Wenn auch die parlamentarische Lage nunmehr mehr ge-
klärt erscheint, so ist damit eine Lösung der schwebenden Pro-
bleme doch noch keineswegs geschehen. Selbst die Redner der
Deutschen Volkspartei gaben gestern zu, daß bei einer Auf-
lösung des Reichstages voraussichtlich nur eine geringe Ver-
schiebung der Kräfteverhältnisse im Reichstag eintreten
würde. Kein Stimmungsverhältnis konnte man daher gestern
beobachten, das immer noch besonders bei den
Mittelparteien die Erwartung bestärkt, daß der Donnerstag
eine Lösung der schwebenden Probleme ohne Ausbruch einer
offenen Krise bringen wird. Zu den seit einigen Tagen in
der Presse angekündigten Verhandlungen zwischen dem volks-
parteilichen Abgeordneten Dr. Curtius und dem deut-
snationalen Fraktionsführer ist es bis jetzt noch nicht ge-
kommen. Weder von der einen wie von der anderen Seite
ist bis jetzt eine Initiative ergriffen worden. Vor allem will
man aber aus dem Schluß der gestrigen Rede des Zentrum-
abgeordneten Kaas die Folgerung ziehen, daß doch irgend-
welche Versprechungen vertraulicher Art eingeleitet seien oder
wenigstens in baldiger Zeit eingeleitet würden. Bei den
Sozialdemokraten arbeitet man nach wie vor auf die Reichs-
tagssatzung hin.

Die Rede, welche der Reichskanzler gestern noch in später
Abendstunde als Antwort auf die Angriffe der Deutsch-
nationalen, der Nationalsozialisten und der Kommunisten
hielt, fand in den politischen Kreisen sehr geteilte
Aufnahme. In den rechtsstehenden Kreisen weist man
auf die Rede hin, daß der Reichskanzler bei seiner Rede eine
gewisse Nervosität gezeigt habe. Er erklärte, daß er sich jede
Kritik verbat, als ob es nicht mehr gestattet wäre, an den
Reden der Regierungsvorredner Kritik zu üben.

Am übrigen habe der Reichskanzler in der Länge und
Breite das wiederholt, was er bereits am Samstag gesagt
habe, ohne aber die Einwendungen der Oppositionsredner zu wi-
derlegen. Auf der anderen Seite ist man der Ansicht, daß der
Reichskanzler sehr glücklich verstanden habe, die Schlüsse der
Rede Dr. Marx hin: „Wir sind bereit, zu unter-
zeichnen.“ Aus diesen Worten will man den Schluß ziehen,
daß die deutsche Unterzeichnung am 30. August auf jeden Fall ge-
geben wird. So wurde diese Regierung auch wohl von den Op-

positionskreisen aufgefaßt, da sich bei diesen Worten großer
Stolz erhob.

Sitzungsbericht.

Berlin, 26. Aug.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Marx, Innen-
minister Jarres, Außenminister Dr. Stresemann,
Finanzminister Dr. Luther, Ernährungsminister Graf
Kunig, Arbeitsminister Brauns.

Präsident Ballauff eröffnete die Sitzung um 12.25 Uhr
und teilt mit, daß der Gesandtenrat über die Zoll- und
Umsatzsteuern dem Reichstag zugegangen ist. Der Präsident
stellt fest, daß er den Fortgang der wichtigen Beratung nicht
durch lange Geschäftsordnungsdebatten stören lassen werde.

Die Besprechung der Reichsregierungserklärung.

Mit dieser Besprechung werden verbunden die erste
und zweite Lesung sämtlicher Gesetzes-
würfe, die mit dem Londoner Abkommen in Verbindung
stehen.

Als erster Redner nimmt das Wort

Hrg. Hergt (D. N.)

Er erinnert daran, daß in der großen Reichstagsitzung vor
der Londoner Konferenz der Abgeordnete Schulz-
Berg als Sprecher der deutschnationalen Fraktion bei der
Stellungnahme zu dem Mißtrauensvotum der National-
sozialisten erklärt habe: damals sei noch nicht der richtige
Zeitpunkt gewesen, zu der Frage, ob man der Regierung
ein Mißtrauens- oder Mißtrauensvotum erteilen solle, Stellung
zu nehmen. Die Entscheidung werde zu fällen sein,
wenn die Herren aus London zurückgekehrt seien. Heute
sind, so fährt der Redner fort, die Herren aus London zurück-
gekehrt, und heute sind wir Deutschnationalen zu unserem
Bedauern, ich stelle den Ausdruck fest, leider genötigt, unser
Mißtrauen nach verschiedenen Richtungen hin zu geben.
Wir fühlen empfinden wir gegenüber dem Ver-
halten der deutschen Delegation in London,
gegenüber dem Ergebnis der Londoner Verhand-
lungen und nicht zuletzt gegenüber den Reden,
die vorgelesen hier von den Regierungsvorrednern gehalten
wurden und gegen die nationale Opposition gerichtet waren.
Gibt es denn keine Möglichkeit, zusammenzukommen mit der
nationalen Opposition zum Zweck einer erfolgreichen
Außenpolitik? Es ist durchaus richtig, daß der Kampf um
die besetzten Gebiete mit London erst beginnt. Gerade das
wäre es aber nicht gewesen, die Waffen für den Kampf zu
schärfen und nicht abzuwinken. Wir können es nicht bi-
lligen, daß immer wieder das besetzte Gebiet gegen ganz
Deutschland ausgespielt wird. Wenn Dr. Stresemann immer
wieder auf die Bedeutung der realen Machtverhältnisse ver-
weist, so lag darin eine Verkennung der Siegesfähig-
keit des Reichsgeistes, der der Deutschlands
einzigste Waffe ist. Aus den Ministerreden entsteht der
Eindruck, daß die gegenwärtige Regierung gegen die deut-
schen Interessen handelt. (Zustimmung rechts.)

Unser nationale Opposition war die größte Stör-
kung für die deutsche Delegation in London, ihr hat sie
die Erfolge zu verdanken, die sie in gewissem Umfang
erreicht hat.

Es wurde in London viel zu viel Rücksicht auf die Per-
sönlichkeit Herriots genommen. Wir vermüssen auch die rich-
tige Ausnutzung der Stellungnahme der Bankiers. Die deutsche
Delegation hätte erklären müssen, daß sie sich bei einer Fort-
setzung der Anklagen nur einem Diktat fügen könne. So-
lange noch ein Franzose im Lande blühe, müssen alle handels-
politischen Verhandlungen abgelehnt werden. (Beifall bei der
Rechten.) Die französischen Zugänge für die Räumung des
Düsseldorfer Gebietes sind viel zu unbestimmt. Mac Donald
hat in seinem Briefe an Herriot den Rechtsstandpunkt
betont, wie es eigentlich die deutsche Dele-
gation hätte tun müssen. Die Räumung der Kölner
Zone wird von der Abrüstung abhängig gemacht. Die Abrüstung
ist doch vorgenommen. Hier rächt sich schon die Zustimmung der
Regierung zur Militärkontrolle. Der Reichskanzler hätte als
treuer Weltländer wenigstens erreichen müssen, daß die schä-
nste Auslegung des Rheinlandsabkommens aufsteht. Wir wollen
doch deutsche Beamte und nicht Franzosenrechte! (Beifall
rechts.) Die Kriegsschuldbfrage hätte an erster Stelle
stehen müssen. Wenn andere hinausgelaufen wären,
hätte ich als deutscher Unterhändler den-
noch weitergesprochen. (Beifall rechts.) Der Redner
kritisiert dann die Einzelheiten des Sachverständigengutachtens.
Das deutsche Volk werde auf die Stufe eines afrikanischen Re-
gimes herabgedrückt.

So bleibt für uns rebus sic stantibus
nichts weiter übrig als die Ablehnung des
Gutachtens.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.) Der Kanzler verlangt von
uns, wir sollten uns unserer Verantwortung bewußt sein. Wir
sind uns dessen bewußt. Wir denken an alle die Fol-
gen der Nichtunterzeichnung für Deutschland

Einzelpreis 10 Pfg.

Angaben aus dem früheren
Herausgeber Oldenburg sollen
die Seite 20 2. Kleinverkauf-
und Verkaufspreise bis zu 10
Seiten 15 2. auswärts Anzei-
gen 30 2. Familienanzei-
gen 15 2. Stellgesuche 15 2.
Reklameanzeigen 1 M., unge-
rechnet zum Rate des Ab-
tags.

und für das besetzte Gebiet. Wir kennen die Not des
besetzten Gebietes. (Zuschuss aus der Mitte: Dann helfen Sie uns
doch!) Trotzdem wünscht auch das besetzte Gebiet, daß nicht etwa
das gesamte Deutschland Reparationskolonie werde, wie es jetzt
nur das besetzte Gebiet ist. Unsere Parteifreunde aus dem be-
setzten Gebiet, die wir zu uns geholt haben, haben Verständnis
dafür, daß wir für das besetzte Gebiet Besseres haben wollen,
als heute erreicht ist. (Sehr richtig!) Nehmen wir ab,
dann ist durchaus nicht alles aus. Dann geht nicht
alles lohnend ab in Deutschland, wie der Reichskanzler sagte.
Nein, dann ist nichts anderes eingetreten, als: Es muß von
neuem verhandelt werden. (Zustimmung rechts, Sturm links.)
Nehmen wir ab, dann wissen die Alliierten nicht, was werden
soll. Auch Herriot weiß das nicht. Man soll noch jezt nachträg-
lich Konzeptionen aufstellen und, damit es besser wird, auch mit
den Deutschnationalen verhandeln. Vom Auslande aus hört
man ja, daß die Anleihe immer unsicherer wird. Wenn die
deutsche Regierung sie selber verläßt, dann kann man es den
ausländischen Bankiers, weiß Gott, nicht anmuten, daß sie daran
festhalten. Das ist das Ziel unserer Opposition! Durch
unseren Druck neue Verhandlungen
herbeizuführen. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Wir
wollen, daß gerade durch den Druck der Oppo-
sition eine Zweidrittelmehrheit hinter die
neuen Verhandlungen steht. Wer weiß, was
in London anders gekommen wäre, wenn der Reichs-
präsident nicht mit einer Art Ultimatum ein-
gegriffen hätte. (Hört, hört! rechts.) Sie geben das
deutsche Recht preis, wenn Sie das Londoner Abkommen an-
nehmen. Sie führen — und Ihre Arbeiter werden das einmal
noch bitter empfinden — die große Gemeinheit, die Deutsch-
land retten könnte. Das ist Ihre Verleumdung. Wir haben eine andere
Verleumdung. Wir treten ein für Gerechtigkeit und Recht und Freiheit!
(Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Dr. Hilderling (Soz.)

heißt hervor, daß der Vordränger manches gesagt habe, was dar-
auf hindeute, daß seine Fraktion sich ablehnend verhalte. Aber
die Frage nach der Haltung bei der Abstimmung selbst habe er
nicht beantwortet. Der Redner erklärte, daß auch die Sozial-
demokraten mit der jetzigen Lösung nicht zufrieden
seien, da sie keine Lösung vom Standpunkt der Arbeit-
erklasse aus sei. Aber die Ablehnung des Gutachtens würde die
Krisis verdrängen. Auch er sehe in dem Ergebnis nur den An-
fang zu neuen Verhandlungen, aber dieser Anfang
müsse gemacht werden. Das Abkommen bringe keine Verbesse-
rung gegenüber dem Schlechten. Schon der Fortfall der Be-
lastung durch die Münchenerträge bedeute eine Verbesserung.
Der Redner hebt im einzelnen die Verbesserungen hervor, die
durch das Londoner Abkommen geschaffen worden seien. Die
Deutschnationalen handelten mit ihrer Ablehnung nicht als
verantwortliche Opposition, sondern sie würden sich gegen die
öffentliche Meinung der ganzen Welt wenden. Die Haltung der Kommunisten entspreche
nur den außenpolitischen Interessen der russischen Regierung. Der
Preis für die deutschnationale Zustimmung erscheint den Sozial-
demokraten zu hoch. Der Preis des Bürgerkrieges würde das
ganze Friedenswerk gefährden. Eine Bürgerkriegsregierung
würde auch die kommenden handelspolitischen Verhandlungen
sehr erschweren. Der Redner fordert Auflösung des Reichstages.
— Der Präsident ruft einen nationalsozialistischen Abgeordneten
zur Ordnung, der dem Redner „Zu jubel“ zugerufen hatte.

Abg. Dr. Kaas (Z.)

erklärt, daß es an Angriffen von der Opposition nicht gefehlt
habe. Positive Vorschläge zur Verbesserung seien dagegen nicht
gemacht worden. In dieser Hinsicht sei die Opposition durch-
aus heil. Es seien in London zweifellos unüberwindliche Ver-
besserungen erreicht worden, die die Opposition nicht aus der
Welt schaffen könne. Herr Hergt könne doch nicht einfach glau-
ben, daß er mehr erreicht hätte bei Männern wie Herriot und
Mac Donald, die seiner Auffassung doch sehr fern seien. Trotz
schwerer Bedenken gegen die Durchführbarkeit des Gutachtens
in einzelnen Teilen werde das Zentrum die Vorlage annehmen.
Der Entschluß sei nicht leicht geworden, aber ein Nein wäre
die Zerschlagung unserer letzten Kräfte und die Preisgabe
des besetzten Gebietes. Die neue erfreuliche Ent-
wicklung in Frankreich dürfe nicht durch Fehler von unserer
Seite gestört werden. Die Rolle einer Reparationsprovinz, die
das besetzte Gebiet als Folge der deutschnationalen Ablehnung
übernehmen müßte, könne das Zentrum nicht billigen. Das
deutsche Volk sei zur Solidarität in der Tragung der Lasten
verpflichtet. London sei nur der Anfang. Das Zentrum werde
die Regierung in einer Entscheidung erlösen, in diesem Sinne
weiterarbeiten im Interesse des besetzten Gebietes. General
de Meg habe bereits mit den pfälzischen Separatisten für den
Fall der Ablehnung des Londoner Abkommens wieder Fügung
genommen. (Hört, hört!) Das Zentrum werde von dem De-
streben geleitet, die Reichseinheit zu sichern.

Abg. Frau Golke (Ruth Fischer, Komm.)

glaubt nicht daran, daß das Gutachten in Deutschland durch-
geführt werde, nachdem solche die Reichsregierung dafür ge-
nützt wurde. Am eifrigsten habe sich der unbesiegbare

Sterzu 3 Beilagen.

1. Beilage

zu Nr. 232 der „Nachrichten für Stadt und Land“ von Dienstag, dem 26. August 1924.

Vom Weltkongreß der Pfadfinder in Kopenhagen.



In Dänemarks Hauptstadt Kopenhagen fand ein Weltkongreß der Pfadfinder statt, der überaus zahlreich besucht wurde. Auch von Deutschland aus hatten sich Pfadfinder in großer Anzahl

eingeheilt, die von der Bevölkerung besonders herzlich begrüßt und aufgenommen wurden. — Unser Bild veranschaulicht die Begrüßung der deutschen Pfadfinder durch den König von Dänemark.

Rechtslagen zur oldenburgischen Mietzinssteuer.

Steuerminister Metzdorf,

Steuerauskunftsstelle der vereinigten oldenburg. Kammern.
(Fortsetzung.)

In Verbindung hiermit muß auch etwas näher eingegangen werden auf

II. Die Höhe der Steuer.

Sie wird von dem berechtigten Mietwert erhoben und beträgt

- 25 Prozent bei den Neubauten und den durch Um- und Einbauten neuerschaffenen Gebäudeteilen, die nach dem 1. Juli 1918 mit Beihilfen aus öffentlichen Mitteln ausgebaut sind,
- 12,5 Prozent bei den übrigen Gebäuden.

Diese Differenzierung ist dadurch fast bedeutungslos geworden, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände nach dem Finanzausgleichsgesetz berechtigt sind, Zuschläge je in Höhe von 6,25 Prozent des berechtigten Mietwerts, oder, was dasselbe bedeutet, je bis zu 50 Prozent Zuschlag zur Steuer zu erheben. Für die Stadt Oldenburg beträgt beispielsweise die Gesamtsteuer in allen Fällen 25 Prozent des berechtigten Mietwerts. Der Wille des Gesetzgebers der Mietzinssteuer ging allem Anschein nach, diejenigen Hauseigentümer, die ihre Gebäude unter Zuhilfenahme von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln erbaut haben, härter zu bestrafen. Es das berechtigt war oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Wollte unrichtig ist es aber, daß derselbe Gesetzgeber an anderer Stelle, nämlich im Finanzausgleichsgesetz, durch die Regelung der Zuschläge der Gemeinden zur Mietzinssteuer die beabsichtigte verschärfende Wirkung und höhere Belastung wieder aufheben hat; denn von dem Zuschlag der Gemeinden sind die oben unter II a) bezeichneten Gebäude befreit. Einmal will man sie höher belasten, das andere Mal schonen, und legen Endes werden alle gleich behandelt, wenn die Gemeinden den vollen Zuschlag erheben. Ich verheide die Logik einer solchen Regelung beim besten Willen nicht. Es gibt nur zwei Deutungen: entweder hat man bei Beratung des Finanzausgleichsgesetzes, das eine Woche nach dem Mietzinssteuergesetz verabschiedet worden ist, die Verfehlung einer Differenzierung der Mietzinssteuer erkannt und wollte diesen Mangel abheben — das ist aber nicht anzunehmen, weil eine Differenzierung der Steuer immer noch vorhanden ist, wenn die Gemeinden gar keine oder nicht die vollen Zuschläge erheben — oder aber, und das wird die richtige Lösung des Rätsels sein, der Gesetzgeber hatte bei Beratung des Finanzausgleichsgesetzes schon vergessen, was er vor einer Woche an anderer Stelle bestimmt hat oder hat bestimmen wollen.

Nun vergegenwärtige man sich einmal die Wirkung der Steuer. In dem von mir erwähnten Beispiel beträgt die Steuer monatlich 90,75 Mark. Das ergibt für das ganze Jahr eine Belastung von 1089,00 Mark. Wenn man also richtig unterstellt, daß in diesem Falle der Friedensmietwert höchstens 2000 $\mathcal{M}$ betragen hat, würde der Eigentümer bei einer Vermietung des Gebäudes augenblicklich 65 Prozent = 1300

Mark Miete erhalten. Nach Abzug der Steuer verbleiben dem Eigentümer demnach 211 $\mathcal{M}$. Und welcher Betrag ist ihm in der 3. Steuernotverordnung als Mindestgrenze gewährleistet? 30 Prozent der Friedensmiete! Er müßte also 30 Prozent von 2000 $\mathcal{M}$ = 600 $\mathcal{M}$ behalten. Man wird mir entgegenhalten können: Na, hier arbeitet du ja auch mit fiktiven Werten; das erwähnte Gebäude ist gar nicht und war niemals vermietet; wie willst du wissen, welche Miete der Eigentümer wohl im letzten Friedensjahr erhalten hätte, wenn er es vermietet haben würde? Trotzdem bin ich fest davon überzeugt, daß es eine ganze Reihe von Fällen gibt, wo einwandfreie Unterlagen beigebracht werden können, daß dem Eigentümer nach Abzug der Steuer nicht 30 Prozent der Friedensmiete übrig bleiben. Gibt es aber solche Fälle, dann verfehlt die ganze Regelung gegen die Bestimmungen der 3. Steuernotverordnung. Das System des berechtigten Katastermietwertes ist nicht nur undurchführbar, sondern muß auch als gefahrlos bezeichnet werden.

In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, auch auf das Verhältnis zwischen der Belastung durch die Mietzinssteuer und die Gebäudesteuer einzugehen. Bei der Festlegung des Zuschlagsrechts der Gemeinden zu den Realsteuern ist in den letzten Jahren immer wieder zum Ausdruck gebracht worden, daß der Gebäudebesitzer unter den ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnissen unter Umständen zu stehen hat und deshalb gesondert werden müsse. Derselbe Umstand hat der Gesetzgeber auch für dieses Jahr Rechnung getragen dadurch, daß er im Finanzausgleichsgesetz bestimmt hat, die Gebäudesteuer dürfe nicht höher als zu einem Drittel im Verhältnis zur Grundsteuer herangezogen werden. Die Stadt Oldenburg erhebt nun zwar keine Zuschläge zu der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer, sondern beide Steuern nach dem gemeinen Wert; nur in Oldenburg in Form eines Zuschlags zu den staatlichen Steuern. Der Zuschlag beträgt für Oldenburg bei der Gebäudesteuer 100 Prozent. In dem oben erwähnten Fall ergibt die staatliche Gebäudesteuer für die Stadt — wenn sie in Form eines Zuschlags zur staatlichen Gebäudesteuer erhoben würde — nur 5,3 Prozent von 1980 $\mathcal{M}$ (dem Katastermietwert) = 104 $\mathcal{M}$ als Höchstbelastung betragen dürfte. (Die Stadt übersteht in diesem Falle, nebenbei bemerkt, die ihr in §§ 8, 9 des Finanzausgleichsgesetzes gesetzten Grenzen). Und wie ist nun das Verhältnis? Die Gebäudesteuer beträgt für den Staat 104 $\mathcal{M}$, für die Stadt 126 $\mathcal{M}$, zusammen also 230 $\mathcal{M}$. Eine Mehrbelastung glaubte man dem Hauseigentümer nicht zumuten zu dürfen. Dafür läßt man ihn aber durch die Mietzinssteuer mit 1089 $\mathcal{M}$, also fast mit dem fünffachen Betrag (auf das Jahr umgerechnet) bluten. Wenn z. B. in einer Gemeinde der Zuschlag zur Grundsteuer auf 30 Prozent festgesetzt worden ist, darf der Zuschlag zur Gebäudesteuer nur 10 Prozent betragen. Hier ist eine feste Grenze gezogen. Taugen kann bei der Mietzinssteuer aber die Gemeinde ruhig bis zu 100 Prozent heraufgehen. Wäre es nicht zweckmäßig gewesen, auch bei den Zuschlägen zur Mietzinssteuer ähnlich wie bei der Gebäudesteuer zu verfahren? Aber — das Finanzausgleichsgesetz ist ja erst eine Woche später verabschiedet worden.

III. Sachliche Steuerpflicht.

Der Steuer sind unterworfen

- alle Gebäude, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind,
- die Neubauten und die durch Um- und Einbauten neu-

geschaffenen Gebäudeteile, wenn sie nach dem 1. Juli 1918 mit Beihilfen aus öffentlichen Mitteln ausgebaut und beaufertigt worden sind. Steuerpflichtig sind somit alle Gebäude, mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Betriebsgebäude, ganz gleichgültig, ob sie Wohn-, Miet- oder gewerblichen Zwecken dienen. Ich hatte Gelegenheit in der Eingabe an den Landtag und das Staatsministerium beantragt, auch die gewerblichen Betriebsgebäude von der Steuer zu befreien. Meine Rechtsansicht habe ich auch entsprechend begründet. Daraufhin hat der Herr Finanzminister im Ausschuss erklärt:

Auch nach Ansicht des Reichsministers der Finanzen fallen die gewerblichen Gebäude unter diese Steuer; ohne Frage habe das Land das Recht, auch die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude mit heranzuziehen, wenn solche nach der dritten Steuernotverordnung auch nicht zwangsläufig unter die Steuer fallen.

Demgegenüber muß betont werden, daß es sich entgegen der Ansicht des Herrn Finanzministers doch um eine Frage handelt, über die sich recht wohl streiten läßt, und zwar handelt es sich hierbei um eine Rechtsfrage, um die Frage, wie der Wille des Gesetzgebers der dritten Steuernotverordnung auszuliegen ist. Zu einer solchen bindenden Auslegung ist aber weder der oldenburgische Finanzminister, noch der Reichsfinanzminister befugt, sondern über solche Zweifelsfragen entscheiden noch immer als letzte Instanz die obersten Gerichte. Ich behaupte keineswegs, daß meine Rechtsauffassung die allein zutreffende sein soll, aus diesem Grunde ist auch von mir angeregt worden, daß das Staatsministerium Veranlassung nehmen möchte, ein Rechtsgutachten des Reichsfinanzhofs einzuholen. Nach meiner Ansicht kann es aber keinem Zweifel unterliegen, daß diejenigen gewerblichen Gebäude, die bereits durch die Obligationsteuer der dritten Steuernotverordnung belastet worden sind, von der Mietzinssteuer hätten befreit bleiben müssen. Denn das ist oder war jedenfalls schon vom Reichsfinanzminister ausgesprochen worden, wenn er auch später das Gegenteil behauptet hat. Allein die Klärung dieser an und für sich nicht so bedeutenden Unterfrage hätte bei der zwispaltigen Auffassung der Reichsfinanzministers durch das Staatsministerium erfolgen müssen, zumal auch vom Landtag darauf hingewiesen worden ist.

In Verbindung hiermit darf auch eine andere Antizipation nicht übergangen werden. Nach der vorläufigen Regelung der Mietzinssteuer vom 1. April bis 30. Juni 1924 waren — wie schon erwähnt — auch die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude der Abgabe unterworfen. In der endgültigen Regelung durch das Gesetz hat man solche Gebäude von der Steuer befreit. Nach meiner Ansicht wäre es logisch, vor allen Dingen aber nur recht und billig gewesen, wenn der Landtag seiner neuen Rechtsauffassung dadurch Rechnung getragen hätte, daß das an der Landwirtschaft ursprünglich begangene Unrecht auf irgendeine Art und Weise wieder gutgemacht worden wäre, vielleicht durch Anrechnung der vorläufig gezahlten Steuer. Ist man abschließend hierüber hinweggegangen, dann liegt ein innerer Widerspruch mit der abgeänderten Auffassung vor, hat man aber etwa nur nicht daran gedacht, dann muß eine solche Veranlassung als Unterlassungsdelikt bezeichnet werden.
(Fortsetzung folgt.)

Verammlung des Bezirkslehrervereins Oldenburg.

Der Bezirkslehrerverein Oldenburg hielt am letzten Sonnabend eine Verammlung im Seminar ab. In Abwesenheit des ersten Vorsitzenden leitete Hauptlehrer Cichorst die Verammlung. Er begrüßte die zahlreich Erschienenen und erteilte zunächst Privatbotschaft Dr. Scholze das Wort, der die Besprechung über seine in dieser Woche beginnenden akademischen Vorlesungen etwa folgendermaßen einleitete: Die psychologische Forschung ist in ihrer Problemstellung nicht so einheitlich und in ihrer Methode nicht so voraussetzungslos, wie es wohl zu wünschen wäre und wie es von Seiten der praktischen Pädagogen noch vielfach vorausgesetzt wird. Sowohl in den Arbeiten der letzten Jahre, als auch in den neueren Lehrbüchern der Psychologie macht sich noch immer der erkenntnistheoretische Standpunkt der Verfasser geltend und bestimmt die Anlage des Experimentes und die Auswertung der Ergebnisse. Neben einer realistischen Psychologie, deren Vertreter zum großen Teil der katholischen, neoscholastischen Philosophie nahe stehen, besteht eine idealistische, die sich im wesentlichen an kantianischen Gedanken orientiert. Eine verbreitete konformistische Richtung hält sogar noch an gewissen biblischen und mythologischen Anschauungen fest. Da gibt es noch Vorstellungen, die über und unter die Schwelle des Bewusstseins wandern; da werden die wichtigsten geistigen Vorgänge in die Gefilde des „Unbewussten“ verlegt; da streiten sich noch die substantiell gedachten Vermögen, Verstand, Gefühl und Wille, um die Vorherrschaft und machen sich gegenseitig moralisch verantwortlich. Was nun den Anfänger im Studium besonders fütig machen kann, das ist die große Verschiedenheit und Unsicherheit in der elementaren, psy-

Wem wäre es noch nicht aufgefallen, daß trotz täglicher Reinigung mit Zahnpulver oder Zahnpasta die Zähne (namentlich Backenzähne) häufig doch schlecht und hohl werden? Ist das nicht der beste Beweis dafür, daß die Mundpflege mit Pulver oder Pasta eine durchaus ungenügende ist? Die Zähne tun uns nicht den Gefallen, nur an den Stellen zu faulen, wo wir bequem mit Zahnbürste, Pulver oder Pasta hingelangen können. Im Gegenteil, gerade an denjenigen Stellen, die schwer zugänglich sind, wie Rückseiten der Backenzähne, Zahnspalten und Zahnücken geht die Fäulnis und Verderbnis vor sich. Will man seine Zähne von Fäulnis und Verderben frei, also gesund erhalten, so kann das nur auf eine Art erzielt werden, nämlich durch tägliches Reinigen und Spülen mit einem flüssigen, wirklich unschädlichen Antiseptikum — und das ist Odol. Odol dringt beim Spülen überall hin, in die verstecktesten Mundwinkel, in die Zahnspalten, an die Rückseiten der Backenzähne usw. Es gibt außer Odol zwar noch andere flüssige Zahnantiseptica, z. B. wurden früher Lösungen von Kali chloricum oder von übermangansaurem Kali empfohlen, es hat sich aber herausgestellt, daß diese Lösungen die Zähne angreifen und den Schmelz zerstören. Odol dagegen ist wirklich unschädlich und schützt die Zähne vor Erkrankung und Hohlwerden. Das ist wissenschaftlich nachgewiesen. Wir raten deshalb eindringlich und mit gutem Gewissen allen die ihren Mund und ihre Zähne gesund erhalten wollen, sich an eine regelmäßige Mundpflege mit Odol zu gewöhnen.

biologischen Begriffsbildung; daß es reine Empfindungen gebe, wird hier behauptet, dort geleugnet; reproduzierte Vorstellungen werden hier als der aktiven Wahrnehmung völlig gleich, dort als grundtätig verschieden bezeichnet. Eine besondere Gefahr erwacht der Biologie ferner in der zu frühen Spezialisierung. Ohne sich vorher genügend Kenntnis der allgemeinen geistigen Funktionen und ihres Zusammenhanges verschafft zu haben, lassen sich besonders die auf pädagogisch-pädagogische Aufgabenstellungen und Berufsbildungsfragen auszuwickeln, und „Psychotechnik“ ist sogar in Industrietreffen zu einem Schlagwort geworden. Diese Vertreter der differentiellen Psychologie, die schon über große Institute verfügten und zum Teil höchlich glänzend unterrichtet wurden, haben leider vielfach auf dem Standpunkt einfacher Techniker, die es verschmähen, sich die nötige mathematisch-physikalische Bildung anzueignen.

Diese vielfachen Mängel der Biologie zu überwinden, gibt es nur ein Mittel: größere Pflege der allgemeinen Psychologie. Es empfiehlt sich da, alle weltanschaulichen Voraussetzungen zunächst fallen zu lassen, alle Reflexionen auszuschalten und möglichst unbefangenen sich den Erscheinungen zu nähern. Von grundlegender Bedeutung ist zunächst eine genaue Analyse der einfachen Wahrnehmungsvorgänge. Man gibt sich z. B. nur schwer Rechenschaft darüber, was man rein wahrnehmungsmäßig, ohne gedankliche Färbung, „sehen“ kann, oder gerade die Herausstellung des „physischen“ „Gegebenen“ ist methodisch wie theoretisch von großer Wichtigkeit, weil sie die Voraussetzung bildet für die Erfassung der elementaren intellektuellen Funktionen: des Urteils, der Begriffsbildung, des Schließens. Die Wahrnehmungstheorie bildet also die Grundlage der Psychologie des Denkens.

Ein besonders schwieriges Kapitel ist die Lehre von den Willensvorgängen, denn gerade hier spielen noch mythologische Vorstellungen eine große Rolle. Der „Wille“ wird noch vielfach als ein kleiner Mensch im Menschen, als spiritus motor des ganzen schließlichen Geschehens aufgefaßt (Führermannstheorie). Gerade hier ist eine unbefangene Beobachtung aller irgendwie „willkürlich“ erscheinenden Lebensvorgänge, vom niedrigen Tier bis zum entwickelten Kulturmenschen, unbedingt erforderlich; die Erscheinungen annehmen sich dann gewissermaßen von selbst. Es wird nötig sein, die schwankenden Begriffe: Instinkt, Drang, Willenshandlung, Willensbildung u. dgl. dann von sich aus neu zu definieren. Kenntnis dieser Vorgänge und insbesondere auch ihrer physiologischen Grundlagen ist ferner Voraussetzung einer jeden Ethik und der Erörterung des philosophischen Problems der Freiheit des Willens.

Damit sind die Ziele und methodischen Grundzüge einer Vorlesung über allgemeine Psychologie kurz gekennzeichnet. Die Vorlesung über ausgewählte Kapitel der Wahrnehmungstheorie, die in den nächsten Wochen hier gehalten werden soll, ist als Einführungskursus gedacht. Es soll nicht nur doziert werden, sondern im Wechsel von Vortrag und Aussprache soll ein wichtiges Teilgebiet der Psychologie erarbeitet werden.

Die Ausführungen fanden reichen Beifall. Die Vorlesungen sollen Mittwoch und Sonnabends stattfinden, erstmalig am Mittwoch, dem 27. Aug., nachmittags 3.30 Uhr, in der Seminarhalle (siehe Anzeige). Kreisleiterin Vanden, der im Auftrage des Bezirksvereins Vorträge in der nächsten Woche, gelang es, den Redner auch für Vorlesungen in der nächsten Woche gewinnen, die in der nächsten Woche beginnen sollen.

Für die demnächst stattfindende Wahl zum Vorstand des Obenburgerischen Bezirksvereins wurde Rektor Meier in wieder sehr vorgeschlagen. Ferner wurden auch weitere Lehrer vom Bezirksverein Obensburg in Aussicht genommen.

Zum Schluß bemängelte die Versammlung noch für die Neuerrichtung des Schulmuseums eine namhafte Summe.

4. International. Sportfest

des V. f. B.

am 31. August, vor- und nachmittags,
Haarenesch.

Unterstützung der Röhren. Die Hypothese in Obesand stellt eine potentatmäßig geschäpfe Unterstützung der, die bei entzündeten Eutern und wunden Stellen mit gleich gutem Erfolg angewandt wird. Dieselbe hat den Vorzug, daß sie geruchlos ist.

Der Untergang der „Magdeburg“

am 26. August 1914.

Von W. N. F.

Als am 2. August 1914 der Krieg an Rußland und Frankreich erklärt wurde, waren die kleinen Kreuzer „Magdeburg“ und „Ansbach“ schon mit allgemeiner Freude auf der Fahrt nach den russischen Gewässern. Erst auf der Fahrt wurde der Befehl bekannt gegeben, daß das Ziel der Fahrt Libau sei. Der Zweck dieser Fahrt war, festzustellen, ob der Libau sich feindliche Zerstörerkräfte aufstellten. Gleichzeitig sollten die russischen Gewässer, die Wert um, befestigt werden. Gegen 7 1/2 Uhr trafen wir vor unserm Bestimmungsort an. Wir lagen etwa 12 Kilometer von Libau entfernt, als die erste Salve aus 12 Geschützen hinterlegte. Obgleich die Luft dicht war, wurde doch beobachtet, daß die Granaten zu kurz einschlugen. Die Entfernung wurde verringert; jetzt sah jede Salve. Die Wirt um, brante sichtbar. Unsere Aufgabe, die Russen zu beunruhigen, war erfüllt. Da das Feuer nicht erwidert worden war, konnte wohl angenommen werden, daß die russische Flotte, deren Standort festgestellt werden sollte, nicht vor Libau sei. Ein großer Sturm fuhren wir mit Kurs nach Westen. Lange noch konnten wir den Feuerchein wahrnehmen.

Wieder lagen wir am 23. August 1914 in Danzig zur Abfahrt bereit, die letzten Befehle erwartend. Es galt dieses Mal, den Gegner auf alle Fälle aus seinem Versteck hervorzuholen. (In der Zwischenzeit hatten wir viele Fahrten unternommen, um die feindlichen Leuchtfeuer und Funkstationen zu zerstören; die Leuchtfeuer waren außerordentlich zahlreich.) Mit uns fuhren einige Torpedoboote und die „Magdeburg“.

Mit großer Fahrt dampften wir wieder nach den russischen Gewässern. Am 25. August befamen wir diesen Befehl, und zwar demnach, daß ein uns begleitendes Torpedoboot uns aus Sicht verlor. Die „Magdeburg“ hatte mit den übrigen Torpedobooten einen besonders Kurs genommen. Für die Nacht wurde der Befehl erteilt, nicht in die Röhren und Hängematten zu gehen. Das Schiff wurde geschicklich hergerichtet, und man mußte, wie sollten in den Hafen von Rostock einlaufen, an den

Protestversammlung

gegen die Ueberlastung von Handel und Gewerbe durch Steuern und Abgaben.

* Obensburg, 26. Aug.
Zu einer machtvollen, einen gewissen Eindruck ausübenden Kundgebung gestaltete sich die vom Gewerbe- und Handelsverein von 1840 gestern abend nach der „Union“ einberufene Versammlung, die trotz so mancher nach dem Sängersitz in Hannover abwesenden Vereinsmitglieder und Interessenten einen zahlreichen Besuch — auch von Damen — aufzuweisen hatte.

Der 2. Vorsitzende des Vereins, Tischlermeister A. Freese, begrüßte besonders das Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Kaufmann Eilers, die Vertreter der Handels- und Handwerkskammer, Steuerfunktions Metasch (siehe dessen einschlägige Artikelreihe von gestern an in unserm Blatt) und die Presse. Es sei notwendig geworden, einmal wieder die Wünsche und Forderungen des Gewerbes und des Handels zum Ausdruck zu bringen. Er erteilte dann das Wort dem 1. Vorsitzenden, Kaufmann Otto Söber, zu einem der Tagesordnung entprechenden, äußerst aufmerksam aufgenommenen, wirkungsvollen Vortrag.

Redner führte aus, daß der größte Teil des Handels und Gewerbes mit großen Verlusten aus der Zeitungszeit hervorgegangen sei. Zur Auffüllung der Warenlager seien Kredite notwendig gewesen. Die teuren Kredite hätten zusammen mit dem Steuerdruck zu Angst- und Zwangsverkäufen geführt, und diese wieder hätten einen Preisrückgang zur Folge gehabt. So weit es sich jetzt um einen Preisabfall handele, sei dieser größtenteils nicht etwa durch die Möglichkeit entstanden, die Waren billiger herzustellen, sondern in den meisten Fällen dadurch, daß der Warenbesitzer infolge der Kreditnot nicht in der Lage sei, die Waren länger zu halten. Redner gebt dann auf die einzelnen Steuern ein.

Die Umsatzsteuer solle zwar theoretisch auf den Käufer abgewälzt werden. In Zeiten fallender Preise sei dies aber nicht möglich, da der Preis nicht vom einzelnen Warenbesitzer festgesetzt, sondern von der Konkurrenz diktiert werde. Heute sei die Umsatzsteuer in vielen Fällen eine ganz erhebliche Sondersteuer für den Gewerbetreibenden, der sehr oft unter Einkaufspreis verlaufen müsse. — Im Produktionsprozess wirke die Umsatzsteuer verteuert auf alle Waren ein. — Vom Umsatz müßte heute auch bei Verlustverläufen die Vorauszahlung auf die Einkommensteuer geleistet werden, also auch, wenn von einem Einkommen nicht die Rede sein könne. Auch die Gewerbesteuer baue sich wieder auf dem Umsatz auf.

Nach roher sei die Erhebungsart der Kirchensteuer. Der Umsatz des ersten Vierteljahres würde mit der multipliziert und zur Grundlage der Vorauszahlung auf die Kirchensteuer gemacht. Der folgende geschäftliche Gang des zweiten Vierteljahres komme dadurch nicht zum Ausdruck. Inhaber mittlerer Betriebe müßten 200 bis 400 Mt. Kirchensteuer bezahlen, ein Beamter mit 10.000 Mt. Jahresgehalt zahle etwa 140 Mt. Auch mit den in jedem Monat fälligen Reichsteuern seien die Gewerbetreibenden noch durch die Rentenbeteiligung und durch die Vermögenssteuer belastet. Zu all diesen Steuern seien nun in diesem Monat die ganz erheblichen Staats- und Gemeindesteuern hinzugekommen. Es sei ganz unbegreiflich, daß man den Zahlungstermin für die 1. Rate der Abgaben vom Grundbesitz zusammengelegt habe mit dem Termin zur Zahlung der Vermögenssteuer. Man müsse verlangen, daß Staat u. Stadt mit ihren Steuerterminen Rücksicht auf die Termine der Reichsteuern nehmen. Bei der Steuer vom bebauten Grundbesitz (sogen. Mietzinssteuer) habe der Magistrat es unterlassen, auf die verschiedenen Erleichterungen einzutreten, die in besonderen Fällen auf Antrag eintreten. Der sogen. Verdrängte Katastermeister hätte in vielen Fällen in seinem Widerspruch zur tatsächlichen Lebensweise. Es sei nicht nachbarschaftlich eingeschätzt. Dasselbe treffe in besonderem Maße bei dem sogen. „Gemeinen Wert“ zu, der die Grundlage für die Abgaben vom Grundbesitz bildet. Dieser stünde sehr oft zur Friedenszeit nicht im richtigen Verhältnis. Bisher seien solche Ungleichheiten bedeutungslos gewesen, und man habe keinen Einspruch gegen die Schätzung erhoben. Jetzt sei eine Umschätzung für die Steuerperiode 1922 bis 1925 nicht mehr zulässig.

Redner wendet sich dann gegen die Vielfalt der Steuern, die mit ihren Erklärungen und Reklamationen dem Gewerbetreibenden bald für seinen eigentlichen Beruf kaum noch Zeit lassen. Die 3. Steuerreformkommission schreibe den Gemeinden vor, die Getränkesteuer einzuführen. Es dürfe jedoch nur der

brütlche Verbrauch besteuert werden. Dadurch würde eine Kontrolle unmöglich. Durch Bezug aus der Nachbargemeinde könne man sehr einfach sich der Steuer entziehen. Außerdem fände der Ertrag der Steuer in keinem Verhältnis zu den Erhebungskosten. Es sei nicht zu begreifen, wozu man nicht einfach die bestehende Getränkesteuer erhöhe und davon den Gemeinden abgibt. Die Reichsregierung habe diesen Fehler scheinbar erkannt, denn es würden bereits Verhandlungen mit den Spitzenverbänden geführt die Getränkesteuer entsprechend zu ändern und gleichzeitig zu vereinfachen. Die Obenburger Regierung habe aber noch keine Antwort auf den Gemeinderat gegeben, daß unter etwas höchst Unnatürlichem eingeführt werden soll, mit dessen Abbau man sich aber bereits beschäftigt. Man soll endlich mit allen diesen Experimenten aufhören und auf Vereinfachung der Steuern und deren Erhebung hinwirken.

Der einmalige lange Beifall war Beweis dafür, wie der Redner der Versammlung aus dem „Gegensatz“ hervorgegangen hatte. In den Vortrag schloß sich eine interessante, eingehende

Aussprache.

Syndikus Himmels vom Hausbesitzerverein vernimmt in den Ausführungen des Herrn Söber. Das wirtschaftliche Denken müsse mehr im Gewerbe- und Handelsstand eingefügt werden; denn letzten Endes wirken sich alle politischen Dinge in wirtschaftlicher Hinsicht aus. Man müsse hinauswachen in die Politik und Weltwirtschaft. Dahin müsse die Politik kommen. Unsere Führer haben nicht wirtschaftlich denken können und tun es noch nicht. Es wird immer betont, nur Arbeit könne die Wirtschaft allein retten, aber keine politische Partei von links bis rechts macht mit den großen wirtschaftlichen Fragen bekannt. Auch unsere Landtagsabgeordneten mangelt wirtschaftliches Denken, daher prahlen so viele Steuern auf uns herab. Es gibt nur zwei Richtungen, in die sich alle politischen Parteien hineinfinden müssen, entweder in die sozialistische oder in die kapitalistische oder in die individuelle. Einen Anfang gemacht hat die Wirtschaftspartei. (Beifall.)

Vorstandsmitglied Wegung: Heute abend soll hier über Steuern verhandelt werden. Der Gewerbe- und Handelsverein ist politisch neutral. Regierung und Volkvertretung sind gebunden an den Vertrag von Versailles.

Vorstellungsleiter Freese ist der Ansicht, daß die Ausführungen Himmels wohl hier am Platz seien.

Steuerfunktions Metasch bezieht sich besonders die Steuern auf uns herab. Es gibt nur zwei Richtungen, in die sich alle politischen Parteien hineinfinden müssen, entweder in die sozialistische oder in die kapitalistische oder in die individuelle. Einen Anfang gemacht hat die Wirtschaftspartei. (Beifall.)

Kaufmann Wegung teilt mit, daß von einem Geschäftsumsatz von 240.000 M. an Steuern 16.500 M. zu leisten seien. Herr von Döbber bemängelt, daß die Geschäftshäuser in der inneren Stadt lediglich als solche bewertet seien, obwohl sie doch auch zum Wohnen dienen. Man müsse eine Trennung der Geschäftshäuser und Wohnräume berücksichtigen.

Kaufmann Hiegebrag: Wir sollten zum Ausdruck bringen, daß wir Kaufleute nicht mehr zahlen wollen, als wir zahlen können. Allerdings stimmen wir nicht einer landwirtschaftlichen Organisation zu, die den Steuerfunktions empfiehlt. Parteipolitik muß hier ausgeschlossen werden; aber ohne allgemeine Politik geht es nicht. Die Fehler liegen bei den Volkvertretern, die wir gewählt haben. Man sollte erst Vorträge erörtern, als: Wie wirken sich die Steuern aus? Wozu sollen sie verwendet werden? Die Behörde muß bekannt geben, wann der Einspruch eingelegt und bis wann seine Begründung zu erfolgen hat. Mein Haus soll nach der Veranlagung jährlich 15.000 M. einbringen. Ich stelle es dafür der Stadt gerne zur Verfügung. (Beifall.)

Vorstellungsleiter Freese: Das Tagesgutachten bedeutet für uns eine Belastung von 38 Prozent. Die Politik sollte sich mehr um die Wirtschaft kümmern.

Kleinhandelsbankrott Typen nennt die Umsatzsteuer mittelhandelsmordend. Sie belastet den Mittelhandel ungleichmäßig. Betriebe, wie beispielsweise Kaffeehäuser, die den Umsatz vom Ursprung bis zum letzten Verkauf in einer Hand haben, zahlen sie nur einmal, während sie in anderen

Sportfelds und Nachschiffen vorüber. Immer dichter wurde der Nebel. Wer an Deck nichts zu tun hatte, suchte sich unter Deck eine Stelle, wo er gegen die ungemächlichen Wiederholungen geschützt war. Ich hatte mich auf eine gepolsterte Hängematte gelegt, um ein wenig zu schlafen. Es herrschte tiefes Schweigen im Schiff; nur die Schiffsdampfer sangen ihr eintöniges Lied.

Was war das? Ein furchtbarer Rausch machte das Schiff erzittern; ich flog von der Hängematte herunter. Nun wurde es lebendig im Schiff; Stimmen wurden laut, und wer nicht dienstlich vertrieben war, drängte sich an Deck, um zu erfahren, was passiert sei.

Wir lagen auf! Mit großer Fahrt ist die „Magdeburg“ auf Rollen aufgefunden. Es werden die ernstlichsten Mittel versucht, um das Schiff loszubringen, aber alles vergeblich. Mithras hören wir über unsern Köpfen ankommende Laute. Sehen konnten wir in den Nebel nichts. Wir mußten annehmen, daß wir von der Küstenwache mit Maschinengewehren beschossen wurden. Der Gegner hatte festgestellt, daß ein feindliches Schiff in der Nähe sei, hielt das Feuer ein und benachrichtigte die russische Flotte. Gegen 4 Uhr morgens ließ der Kommandant des Schiffes die Belagerung antreten und erklärte: „Nichts es uns nicht noch gelint, loszufommen, und der Ruffe greift uns an, werden wir uns bis zum letzten Blutstropfen verteidigen und dann das Schiff in die Luft sprengen, damit es den Russen nicht in die Hände fällt.“

Die „Magdeburg“ und die Torpedoboote waren von unserer Lage durch Funkdurch in Kenntnis gesetzt. Eine Möglichkeit, uns bei dem dichten Nebel zu finden, war beinahe ausgeschlossen. Endlich um 7.30 Uhr vormittags entdeckten wir die Umriss eines Fahrzeuges, ob Freund oder Feind, war nicht zu erkennen, trotzdem das Fahrzeug nur etwa 10 Meter langsam an uns vorüber fuhr. Durch Rufe und Gegebenheiten wußten wir, daß es die „Magdeburg“ war, die uns endlich gefunden hatte. Auch jetzt wurde noch versucht, die „Magdeburg“ loszuschleppen, aber alle Mühe war vergeblich; das Schiff war unrettbar verloren. Nachdem noch die russische Funkstation, die zeitweise sichtbar wurde, von der „Magdeburg“ beschossen worden war, kam der Befehl: „Alle Mann an Deck, Normanden zum Ueberleben auf Torpedoboot.“

Raum war der Befehl gegeben, als der Schreckensruf erscholl: „Das Schiff liegt in der Luft, rette sich, wer kann!“ Aus einem mir unbekannten Grunde war die Zündmaschine, die im Torpedoraum angebracht war, angezündet worden. Das Torpedoboot war mittlerweile ungefähr 100 Meter von uns abgekommen. Doch Schwimmer und auch wohl Röhrenschwimmer sprangen über Bord, um schwimmend das Torpedoboot zu erreichen. Auch ich war über Bord gesprungen und versuchte, mich in Sicherheit zu bringen. Andere Kameraden ließen sich dem Untergang und erwarteten dort die Dinge, die da kommen sollten. Da ich ziemlich durchgefroren war infolge des Nebels, war es bald zu Ende mit meinen Kräften. Durch das selbstlose Verhalten eines zu uns an Bord kommandierten Reserveoffiziers, der mir eine Hängematte unter die Brust schob, konnte ich mich noch über Wasser halten, hatte aber nicht mehr die Kraft, mich zu bewegen, und trieb wieder nach der „Magdeburg“ zurück. Da, ein furchtbarer dummer Knall! Als der Qualm sich verzogen hatte, war unsere kleine „Magdeburg“ ein Schiff geworden. In zwei Teilen zerlegt, lagte der Vorderteil sich hart nach der Seite hinüber. Ungefähr 20–25 Meter waren herausgerissen. Jetzt fuhr das Torpedoboot heran, um die noch an Bord befindlichen Kameraden zu bergen. Nebenfalls infolge der Detonation hätte sich die Luft für Momente auf, und wir wurden der inwendigen herangekommenen russischen Flotte sichtbar. Was nun geschah, brauche ich wohl nicht zu sagen.

Von einigen Granaten getroffen, mußte ich das deutsche Torpedoboot zurückziehen. Einige unserer Kameraden hatten sich zuvor schwimmend auf das Torpedoboot gesetzt, brachten die Rettungsboote ins Wasser, um uns, die wir noch im Wasser trieben, aufzufischen. Selbst im russischen Feuer ließen sie ihr Rettungswort nicht ein. Das Torpedoboot entkam, aber unsere Retter, darunter ein Staboldenburger, der letzte Schiffsfeldkapitän Räder, Sohn des Regiers a. D. Räder, mußten mit uns nach Sibirie. Alle konnten wir aus Sibirie selber nicht zu rücken. Infolge der hängigen Revolutionen in Sibirie war es uns nicht möglich, nach Hause zu kommen. Erst 1921 gelang es mir und dem größten Teil meiner Kameraden, an der sibirischen Küste zu entkommen.



Jugendheraus!

Nachrichten für Stadt und Land. Wochenbeilage für Turnen, Spiel u. Sport.

Nr. 35.

Oldenburg, Dienstag, 26. August 1924.

5. Jahrgang.

Von den Turnspielen.

Gaußplatz.

Die neuen Gaumeister:

Männer:

Schleuderball: A-Klasse: Burhave, B-Klasse: Neuenfrange, D-Klasse: Schneel.
Schlagball: A-Klasse: Bf. Seminar-Oldenburg, B-Klasse: Jahn-Wilhelmshaven, D-Klasse: Everßen.
Fankball: A-Klasse: Everßen, B-Klasse: Barck, D-Klasse: Sage.

Frauen:

Schleuderball: A-Klasse: Df., B-Klasse: Df.
Schlagball: A-Klasse: Jahn-Wilhelmshaven.
Fankball: Neuenburg.
Trommelball: Einigkeit-Wilhelmshaven.

Vom Gaußplatzwart Friene trefflich vorbereitet und vom Regen zwar ständig bedroht aber doch bis auf kleine Spritzhauer gnädig verschont, kamen die Spiele um die Gaumeisterschaft am Sonntag glatt zur Durchführung.

Die hatten zum großen Teil die erwarteten Ergebnisse. Während im Schlagball die hiesigen Vereine und namentlich die Oldenburgischen vorherrschten, haben im Schleuderball die hiesigen Vereine das Übergewicht. Bei den Frauen ist hier allerdings Df. nach wie vor die Hochburg. Beim Fankball hielten sich die Kräfte von Stadt und Land ziemlich die Waage.

Als die beste Schleuderball-Mannschaft erwies sich Deichhorst, die mit 7 Spielern alle Spiele gewann. Leider hatte einer von ihnen in einem anderen Verein Spiele mitgemacht. Daher mußte die Meisterschaft dem nächstbesten Verein, Burhave, zuerkannt werden.

Ähnlich liegen die Dinge in der A-Klasse beim Schlagball. Auch hier hatte ein Spieler Seminars seine Berechtigung zum Mitspielen durch ein einziges Spiel, das er für einen anderen Verein mitmachte, verwirkt. Die Gegner werden aber in turnbrüderlichem Geist und Verständnis der Sachlage auf die Meisterschaft verzichtet, so daß doch die beste Mannschaft beim Gaußplatz die Meisterschaft vertreten wird. Beim Schleuderball liegt die Sache anders, da hier der Oldenburger Meister im Kreise seiner gleichwertigen Gegner findet.

Im Gegensatz zu vielen unglücklichen Ereignissen brachte der Tag die erfreuliche Erkenntnis, daß die Spielkraft im ganzen ausgenommen hat. Das gilt von allen Spielarten. Aus den Fankballspielen der A-Klasse ging Everßen als knapper Sieger hervor.

Die Mannschaften im Kampfe zu sehen, war eine reine Freude. Heiß wurde auch in der B-Klasse gestritten, wo Seminar und Barck sich als die besten erwiesen. In der D-Klasse übertraf die Sage durch eine feineinnegelte Mannschaft, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Die Schlagball-Meisterschaft fiel nach hartem Kampf an Jahn-Wilhelmshaven. In der Jugendklasse fiel Everßen der Sieg über den auswärtigen Bewerber nicht so leicht wie im Vorjahre dem Oldenburger Verbandsmeister, Df.; ein gutes Zeichen für die Entwicklung dieses schönen Turnplatzes im Lande. Die vorstehende Fortsetzung der Kampfkraft wies wohl die Schleuderball-A-Klasse auf, aus der der Oldenburger Verbandsmeister, Df. Neuenfrange, als überlegener Sieger hervorging. Die Schleuderballspiele brachten erneut den Beweis, welche unwürdige Kraft und welche faherartige Gemüthsart sie erfordern. Aus diesem Grunde erscheinen sie für unsere Landbewohner besonders besonders wertvoll. Wie vollständig sie geworden sind, ging aus der regen Anteilnahme der zahlreich erschienenen Zuschauer hervor, deren Interesse auch für das schwierige und dem Laien in seinen Feinheiten wenig verständliche Interesse gewachsen ist.

Das Ergebnis hat auch die Beteiligung seitens der Jugend und, was noch wertvoller ist, die Feinheit ihrer Spiele. Das eröffnet uns freudige Aussichten.

Auch die Frauenspiele amten Lust und Freudigkeit, verbunden mit ernstem Kampfegeist.

Als Ergebnis des Tages ist festzustellen, daß es weiter vorangeht mit den Turnspielen. Sei es ein Knippen, weiter für die schöne Sache zu arbeiten. Sie ist des Schweißes der Gelehen wert.

Schleuderball A-Klasse.

Deichhorst — Df. 5:3.

Bei Df. läßt das Zusammenfallen zu wünschen übrig. So kann die gute Deichhorster Mannschaft, obwohl sie nur mit sieben Mann spielt, einen knappen, aber sicheren Sieg landen.

Burhave — Df. 3:2.

Ein knapper Sieg der Burhaver.

Deichhorst — Burhave 6:4.

Durch Einsetzen aller Kräfte gelingt es Deichhorst, den hartnäckigen Gegner niederzuringen.

Kallberg — Df. 8:1.

Das Ergebnis entspricht dem Verlauf. Df. liefert nicht das gleiche Spiel wie gegen Deichhorst. Es folgt der Wille und die Zuversicht zum Sieg.

Burhave — Df.

Da Df. auf den Austrag verzichtet, erhält Burhave die Punkte ohne Kampf.

Deichhorst — Kallberg 6:1 (5:0).

Deichhorst erzieht auch hier einen schönen Sieg.

B-Klasse.

Neuenfrange — Seefeld 12:0.

Ueberragender Sieg des Oldenburger Verbandsmisters.

Altenesch — Jaderberg 1:7.

Jaderberg erwies sich als überlegen.

Altenesch — Seefeld 2:2.

Ein ausgeglichenes Spiel gleichwertiger Gegner.

Neuenfrange — Jaderberg 6:0.

Neuenfrange landet wiederum einen überlegenen Sieg.

Jaderberg — Seefeld 5:2.

Die Jaderberger Mannschaft ist die bessere.

Altenesch — Neuenfrange

Altenesch verzichtet auf die Austragung, da es gleichzeitig mit einer Schlagballmannschaft zur Stelle ist.

D-Klasse.

Df. — Großenkneten 5:0.

Df. ist sicherer im Fangen.

Schneel — Seefeld 7:0.

Seefelds bester Spieler ist durch eine Verletzung behindert. So kann die mit Erfolg antretende Seefelds Mannschaft den hervorragenden Spielern der Schneel nicht den nötigen Widerstand entgegenstellen.

Df. — Seefeld 8:0.

Schneel — Großenkneten 6:1.

Großenkneten — Seefeld 7:3.

Schneel — Df. 7:4 (0:4).

Nach den Vorjahren hatte man höchstens mit einem ganz knappen Siege Schneel gerechnet. Er hätte der Spielfähigkeit auch besser entsprochen. Bis zur Halbzeit legt Df. vier Tore vor. Zwei Minuten nach Zeitumwechsel holt Schneel Nr. 1 auf. Im Laufe des weiteren Spiels zieht sich ein Spieler Df.s eine Armverletzung zu, die ihn derartig stark behindert, daß er z. B. einen Schodball nicht mehr bis auf die 3 Meter entfernte Hinterecke bringt. Da Df. leider sämtliche Spiele mit sieben Mann durchführen muß, und der zweite Hinterpieler gleichfalls durch einen unglücklichen Fall ein wenig in seinem Können beeinträchtigt ist, so ist der Vorprung nicht zu halten, zumal Df. den tatsächlichen Fehler begeht, gegen Wind das Tempo zu steigern.

Schlagball A-Klasse.

Altenesch — Vorwärts-Nürtingen 47:39 (21:23).

5:21 Läufe, 6:1 Weichschläge, 8:5 Treffer, 1:1 Grenze, 7:11 Fänge.

Das Spiel litt unter dem etwas schlüpfrigen Boden. Viel taten sich die Mannschaften nicht. Altenesch ist im Schlagen besser.

B. f. L. Seminar-Oldenburg — Altenesch 67:21 (26:14).

Das Spiel wird vom Seminar überlegen gewonnen durch besseres Fangen, Schlagen und Fehlschlag.

B. f. L. Seminar-Oldenburg — Vorwärts-Nürtingen 56:37.

Die Nürtinger wehren sich zwar, reichen aber an das Können der Hiesigen nicht heran.

B-Klasse.

Jahn-Wilhelmshaven — Lemwerder 32:19.

Die Wilhelmshavener haben das Spiel jederzeit in der Hand.

Seminar-Oldenburg — Jahn-Wilhelmshaven 37:43.

Ueberragendste Leistung muß die gute B-Mannschaft Seminars gelagert bekommen. Der, wenn auch knappe, so doch verdiente Sieg der Hiesigen läßt hoffen, daß die Schlagballbewegung an der Jabe weiter aufblüht.

Seminar — Lemwerder 63:39 (39:22).

25:22 Läufe, 0:1 Weichschläge, 5:5 Treffer, 5:1 Grenze, 18:10 Fänge.

Das Ergebnis entspricht dem Verlauf. Fünf Grenzpunkte sind etwas reichlich.

D-Klasse.

Da Deichhorst auf den Kampf verzichtet, kommt nur ein Spiel zum Austrag.

Everßen — Barck Id. 60:38.

Trotz tapferen Widerstandes muß sich die Barcker Jugend geschlagen bekennen. Die kampfsproben Everßen sind in allen Einzelheiten ein wenig überlegen, obwohl sie zeitweilig das Spiel zu leicht nehmen.

Fankball, A-Klasse.

Everßen — Großenkneten 38:36.

Ein ganz knapper Sieg der Hiesigen, der oft am seidenen Faden hing.

Everßen — Einigkeit 36:35.

Hier ist der Punktunterschied noch geringer.

Großenkneten — Einigkeit 57:47.

Großenkneten zeigt sich als die bessere Mannschaft.

Fankball, B-Klasse.

Neerstedt — Seminar-Oldenburg 38:46.

Barck Id. — Lemwerder 60:42.

Seminar-Oldenburg — Lemwerder 63:47.

Barck Id. — Neerstedt 51:36.

Neerstedt — Lemwerder 52:44.

Barck Id. — Seminar 40:40.

Bei der Seminar-Mannschaft spielen leider Spieler der A-Klasse mit, wozu sie sich irrtümlich für berechtigt hielten. Sieg und Meisterschaft fallen daher an Barck. Vielleicht hätte es die reine B-Mannschaft geschafft!

Fankball, D-Klasse.

Sage — Jahn-Oldenburg 56:32.

Jahn-Wilhelmshaven — Barck 52:50.

Sage — Jahn-Wilhelmshaven 50:27.

Jahn-Oldenburg — Barck 51:42.

Barck — Sage 26:56.

Jahn-Wilhelmshaven — Jahn-Oldenburg.

Jahn-Wilhelmshaven verzichtet auf den Austrag.

Die Spiele der Frauen.

Schleuderball, A-Klasse.

Df. — Döllingen 17:0.

Zwei Klassen Unterschied.

B-Klasse.

Df. — Neerstedt 7:3.

Das Ergebnis entspricht dem Spielverlauf. Df. ist ständig leicht überlegen.

Schlagball, A-Klasse.

Jahn-Wilhelmshaven — Df. 69:51.

Erwartungsgemäß nehmen die Wilhelmshavener Sieg und Meisterschaft mit. Doch hat sich Df. gut gewehrt.

Fankball, B-Klasse.

Neerstedt — Jahn-Oldenburg.

Neerstedt verzichtet auf den Austrag.

Neuenburg — Barck 51:42.

Neuenburg — Jahn-Oldenburg 58:54.

Ein knapper Sieg der Neuenburger.

Neerstedt — Barck 35:61.

Neerstedt — Neuenburg 33:39.

Jahn-Oldenburg — Barck 43:53.

Barck wird der Sieg nicht leicht gemacht.

Trommelball.

Delmenhorst — Einigkeit-Wilhelmshaven 61:77.

Leider das einzige Trommelballspiel. Einigkeit verdienter Sieger.

Nordwestdeutsche Turnspielmeisterschaften der D. L.

Bei gutem Wetter wurden in Bremen auf den Plätzen an der Eilen-Strasse die Nordwestdeutschen Meisterschaften im Schlagball und Fankball ausgetragen. Sämtliche Mannschaften lieferten sich spannende Kämpfe und zeigten hochwertige Leistungen.

Die Spiele nahmen folgenden Verlauf:

Schlagball, Frauen:

Turnklub Hannover — Df. v. 1875, Bremen,

95:33 (57:25).

Df. hat keinen schwachen Punkt in der Mannschaft, schlägt und fängt vorzüglich und liefert ein gutes Feldspiel, während Bremen nur im Fange annehmbare Leistungen aufbringt. Das Feldspiel ist häufig zerfahren und das Schlagen will nicht kappen. Die Mannschaft ist gegen das Spiel gegen Altmeyer Df. nicht wiederzuerkennen.

Fankball, Frauen.

Df. v. 1875 — Df. Bremerhaven 49:32 (23:18).

Df. ist den scharfen Vorlagen des gut zusammenspielenden Gegners nicht gewachsen.

Fankball, Alte Herren.

Turnklub Hannover — Df. 46:31 (13:24).

Dem Schiedsrichter Weingarten stellten sich die Mannschaften in folgender Aufstellung: Df. mit Jäger, Schröder, Stulow, Müller und Reddermeier; Df. v. 1875: Müller, Meier, Hölzen, Timpe und Siefer.

Während also Df. noch seine alte in vielen Kämpfen erprobte Mannschaft stellt, hat Df. v. 1875 die seine durch vier jüngere Kräfte verstärkt.

Df. mit Wind im Rücken sichert sich einen kleinen Vorprung, der trotz aller Gegenwehr der Hannoveraner gehalten wird. Bei Halbzeit führen die Oldenburger mit 11 Punkten. Nach Wechsel änderte sich das Bild zunächst nicht, trotzdem die Hannoveraner jetzt die bessere Seite hatten, gelang es ihnen nicht, in Führung zu kommen. Erst gegen Mitte der Halbzeit gingen sie aus, und langsam aber sicher gingen sie jetzt vor, um so mehr, da jetzt die Oldenburger merklich unsicher wurden. So sah der Schlußpfiff die Hannoveraner als Sieger und damit als nordwestdeutschen Meister. Das Durchschnittsalter der Hannoveraner Mannschaft ist 45 Jahre und das der Oldenburger 47 Jahre. Man ersieht hieraus, daß auch für alte Herren das Fankballspiel das geeignete Spiel ist, sich jugendfrisch zu erhalten.

Fankball, Männer.

Df. v. 1875 — Df. Bremerhaven.

54:41 (29:30).

Das vorbildliche Zusammenwirken sowie die unannehmbaren Vorlagen, die der Braunschweiger Vorderpieler, und wenn es sein mußte, auch die beiden Seitenpieler aus den ihnen von der Hintermannschaft wunderbar handgerecht vorgegebenen Wällen zu machen wußten, stellen eine hier in dieser Vollkommenheit noch nicht geübte Spielweise dar, der der Meister des 5. Kreises erliegen mußte.

Schlagball, Männer:

Df. v. 1875 — Bremen — Df. v. 1875 116:72

(41:44).

Die Gäste enttäuschten, und mit einer gewissen Betrübnis mußte man feststellen, daß sie weder Everßen noch Df. gewachsen gewesen wären. Auch Df. v. 1875 hatte in der ersten Halbzeit schwache Punkte und Fänge, so daß Badenstedt beim Wechsel einen geringen Vorprung hat.

Dann aber reihen sich die Bremer sichtlich zusammen. Hervorragende Weite und Teilschläge sichern ihnen Punkt auf Punkt. Badenstedt kommt bald ins Hintertreffen. Langsam aber sicher zieht Df. v. 1875 vor und holt sich mit einem nennenswerten Vorprung den wohlverdienten Sieg.

Der Kreisgruppenspieltour Jühnerberg-Hannover überreichte den Siegern nach Schluß der Veranstaltung mit einer markigen Ansprache den Eidenkranz mit Urkunde. Die Schlußworte sprach der Kreisvertreter Broß.

Goudens Siegerszaal.

Nachdem der deutsche Meister erst kürzlich die Amerikaner in Badock und Kuchion hinter sich lassen konnte, folierte er am Sonntag beim Sport-Club Charlottenburg einen eindrucksvollen Sieg über den Australier Carr und den Neuseeländer Porritt, von denen letzterer vor nicht eben langer Zeit der Olympiasieger Abraham im Kampfe um den ewigen



